



**Dein Kreis.
Deine Zukunft.**



WAHLPROGRAMM '26

für den Landkreis Göttingen

für die Kommunalwahl am 13. September





Fachkräfte und multiprofessionelle Teams, die alle Schulformen und insbesondere Schulen mit hohen sozialen Herausforderungen in ihrem Alltag begleiten. Außerdem ist eine bessere und koordinierte Zusammenarbeit von Jugendhilfe, Schule und Beratungsstellen notwendig. Wir setzen uns zudem für mehr Präventionsangebote gegen Gewalt, Rassismus und Diskriminierung ein und wollen Kinder mit psychischen Belastungen besser unterstützen.

Wir wollen unsere **Schulverpflegung gesund, klimafreundlich und bezahlbar** machen. Dafür fördern wir Kooperationen mit der regionalen und biologischen Landwirtschaft. Auch hier sind für uns sozial gestaffelte Preise, die insbesondere Familien mit geringem Einkommen gerecht werden, von Bedeutung.

Die **Bildung für nachhaltige Entwicklung** und internationale Schulkooperationen wollen wir fördern, ausbauen und umfassender in die pädagogischen Angebote einarbeiten.

Schulen sind Orte, in denen Demokratie und Vielfalt erlernt und gelebt werden sollen. Wir wollen die **Förderung von politischer Bildung und Antidiskriminierungsarbeit** ausbauen. Das heißt für uns, dass wir Jugendparlamente und demokratische Mitbestimmung auf allen Ebenen unterstützen.

Der Landkreis Göttingen hat in den vergangenen Jahren wichtige Projekte zur **Integration** und sozialen Unterstützung aufgebaut. Diese Ansätze wollen wir **weiterentwickeln** und **dauerhaft absichern**.

Als **Wissenschafts- und Ausbildungsregion** wollen wir die **Kooperationen** zwischen Schulen, Betrieben und Hochschulen **ausbauen**. Bildung, Aus- und Weiterbildung sollen stärker verzahnt werden, um Wissen, Handwerk und Fachkräfte im Landkreis zu halten. Es gilt, junge Menschen beim Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf besser zu begleiten und Weiterbildungsangebote auch im ländlichen Raum zu sichern.

Der allgegenwärtige **Fachkräftemangel** bedeutet für uns, die Chancen von Alleinerziehenden, Menschen mit Behinderung oder Menschen mit internationalen Biografien konsequent für den Arbeitsmarkt zu stärken. Die berufliche Ausbildung im sozialen und gesundheitlichen Bereich wollen wir gezielt ausbauen und mit einer internationalen Fachkräftestrategie fördern.

7 In Vielfalt zusammen

Eine Gesellschaft der Vielen – ohne Rassismus und Ausgrenzung – ist unsere Vision. Eine offene, solidarische und gerechte Gesellschaft ohne Diskriminierung unser Ziel. Wir begreifen Vielfalt als Normalität und große Chance und wollen das gemeinsame Zusammenleben aller stärken. Verbindungen schaffen, Vorurteile abbauen, Gemeinsamkeiten sichtbar machen und Potenziale nutzen, das ist für uns der Weg dorthin.

Integration entscheidet sich vor Ort in unseren Städten und Gemeinden, im Landkreis. Hier kommen Menschen an. Hier zeigt sich, ob sie Zugang zu Bildung, Arbeit und zu gesellschaftlicher und politischer Teilhabe finden. Hier wird klar, ob ihre Potenziale und Talente erkannt und gefördert werden und welche rechtlichen, strukturellen und institutionellen Hürden im Weg stehen.

Hier setzt grüne Politik im Landkreis Göttingen an, denn für viele ist Diskriminierung immer noch bitterer Alltag. Doch nur gemeinsam als ein Land(kreis) für alle werden wir die vielfältigen



Herausforderungen in der Wirtschaft, im Handwerk, in Pflege, Gesundheit und Forschung meistern können. Der Landkreis Göttingen soll ein Magnet für die Vielen werden.

Dafür braucht Inklusion verlässliche Perspektiven. Das **Landesprogramm „Wege ins Bleiberecht“** muss **konsequent umgesetzt** und von Städten und Landkreisen aktiv genutzt werden. Aus Unsicherheiten sollen echte Perspektiven werden und einen **schnellstmöglichen Spurwechsel** in Ausbildung, Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

Wir setzen uns gegenüber dem niedersächsischen Innenministerium für die **Abschaffung** der **Bezahlkarte für Geflüchtete** ein und befürworten **diskriminierungsfreie Alternativen** wie ein Basiskonto für Geflüchtete **ohne Bargeldobergrenzen** und ohne andere stigmatisierende Kontrollmechanismen, maßgeblich in lokaler Ausgestaltungshoheit des Landkreises, wie es in NRW praktiziert wird.

Verpflichtende Arbeit z.B. für Asylsuchende unterhalb des Mindestlohns lehnen wir entschieden ab und fördern gleichzeitig eine **schnelle Arbeitsmarktintegration**. Wir bauen die **dezentrale, kleinteilige Unterbringung von Geflüchteten** weiter aus, um ein gemeinsames Ankommen in der Stadtgesellschaft zu ermöglichen. Besondere Aufmerksamkeit sollen hierbei **Schutzkonzepte für vulnerable Gruppen** wie geflüchtete Kinder bzw. unbegleitete Minderjährige, FLINTA*-Personen (Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nichtbinäre, transgeschlechtliche und agender Personen) sowie Menschen mit Behinderung erhalten. Darüber hinaus brauchen wir starke **Konzepte zur Unterstützung migrantisierter wohnungsloser Menschen**, die besonders unter Abweisungen durch Notunterkünfte im Winter leiden.

Die medizinische, therapeutische, psychosoziale **Versorgung** von **Geflüchteten** muss **verbessert werden**, dies insbesondere auch für Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus. **Einrichtungen** und **Programme**, die **traumatisierte Menschen** unterstützen, müssen ausgebaut und **verlässlich finanziert** werden. Wir möchten zudem eine **kultursensible Gesundheitsversorgung** und **Pflege** gerade **für ältere Migrant*innen** sicherstellen. Dafür werden wir uns einsetzen.

Unsere **Ausländerbehörde soll zu einem echten Willkommenszentrum** werden, bei dem der Service und die Bedürfnisse der Zugewanderten an erster Stelle stehen, ein **Zentrum für alle Lebenslagen**: Aufenthalt, Anerkennung von Abschlüssen, Sprachangebote, Arbeitsmarktintegration und Beratung und für **unterschiedliche Migrationsformen** wie Einwanderung, Rückkehr, Flucht, Vertreibung, Studienaufenthalt, Pendel- und transnationale Wanderung mit ihren jeweils ganz eigenen Erwartungen und Teilhabebedürfnissen.

Mehrsprachige und **barrierearme Kommunikation** in **einfacher Sprache** auf Webseiten und bei Apps (z. B. die Integreat-App) sollte in unseren Verwaltungen Standard werden, um Neuankommenden Orientierung zu geben und den Zugang zu Angeboten zu vereinfachen.

Mit der Einrichtung eines Pools für **Sprachmittler*innen**, inklusive eines klaren Reglements zu Aufwandsentschädigungen, Weiterbildungen und Versicherungsschutz für diese ehrenamtlich Dolmetschenden, bauen wir weitere Barrieren ab und sorgen für Verständigung. Wir wollen zudem unsere **Integrationsbeauftragte stärken** und für Planungssicherheit, ausreichende Ressourcen und echten Gestaltungsspielraum sorgen. Wir befürworten eine Stärkung des **Beirats für Integration und Migration** z.B. durch das Entsenden von Delegierten in den Niedersächsischen Integrationsrat (NIR).

Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und ihre **Vielfalt** sind weiterhin eine wichtige Zukunftsaufgabe, die wir entschlossen bei der Personalentwicklung und Nachwuchsförderung angehen werden. Diskriminierungspotenziale abzubauen, Vielfalt als Normalität in kommunalen



Strukturen zu verankern, dies wollen wir **gemeinsam** mit **allen Beschäftigten** in Verwaltung, Schulen und Ordnungsdiensten durch **regelmäßige Schulungsformate** erreichen.

Antidiskriminierungsarbeit ist Teil kommunaler Daseinsvorsorge. Auf das Göttinger Modell der Antidiskriminierung sind wir stolz. Die **Antidiskriminierungsstellen des Landkreises** möchten wir **verstetigen** und entsprechende **antirassistische Initiativen und Programme** nachhaltig fördern.

Wir wertschätzen **migrantische Selbstorganisationen**, die wertvolle Arbeit für den gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten, und setzen uns für eine **angemessene Förderung** ihres **Engagements** ein. Dazu gehört, dass **Gemeinwesenarbeit** und **Einsamkeitsprävention, Sozial- und Jugendarbeit, Streetwork, Bildung, Teilhabe und Stadtplanung zusammengedacht** werden. Das verhindert Ausgrenzung und stärkt benachteiligte Räume. Bürgerhäuser, Interkulturelle Zentren, Nachbarschafts- und Familienzentren und ihr Community Organizing. **Zivilgesellschaftliche Begegnungsorte** müssen **erhalten und gestärkt werden**. Hier lässt sich auch **politische Bildungsarbeit für zugewanderte Menschen** stärken.

Dazu gehört für uns auch ein **kommunales Wahlrecht für alle Migrant*innen unabhängig von ihrer Herkunft**. Die **Verfahren zur Einbürgerung** sollen **beschleunigt** werden und neugestaltete Einbürgerungsfeiern und die symbolische Anerkennung neuer Staatsbürger*innen sollen Vielfalt nochmals sichtbarer machen und so eine Identifikation mit dem Gemeinwesen fördern.

Europa lebt durch seinen Austausch und seine Freizügigkeit. **Faire Arbeits- und Unterkunftsstandards für Arbeitsmigrant*innen und mobile Beschäftigte** gehören für uns zur kommunalen Verantwortung dazu. Wir werden uns einsetzen, um hier gemeinsam mit Aufsichtsbehörden, Beratungsstellen und Gewerkschaften Missstände aufzudecken und geltende Standards für Arbeitnehmende zu sichern. Dazu gehört für uns auch die Umsetzung der Istanbul-Konvention und damit der **Schutz** der vielen **migrantischen Beschäftigten in Privathaushalten**, wie etwa in der häuslichen Pflege.

Städte, Gemeinden und Landkreise gestalten internationale Verantwortung und zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit konkret durch **kommunale Entwicklungskooperationen**, (Städte-) Partnerschaften und Projekte. Wir wollen **eingewanderte Menschen** hier verstärkt als **Brückenbauer*innen** und **Expert*innen** mit unterschiedlichsten transnationalen Kompetenzen **einbinden** und zudem bewusst als wertvolle Multiplikator*innen würdigen.

Gemeinsam schauen wir auf eine mit dem Rest der Welt verflochtene Geschichte, ohne die das moderne Europa nicht denkbar ist. Wenn vielfältige Perspektiven aufgegriffen werden, verbinden sich Geschichte und **Erinnerungskultur**. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Kolonialgeschichte, den NS-Verbrechen – u.a. Zwangsarbeit – stärkt und hinterfragt das eigene historische Bewusstsein und Verständnis und ermöglicht tiefe **demokratische Resilienz** in unserer **Gesellschaft der Vielen**. Dies wollen wir fördern.

Der Landkreis Göttingen muss „**Sicherer Hafen**“ bleiben und weiterhin im Kleinen große internationale Verantwortung für in Seenot Gerettete und Geflüchtete aus Lagern an den europäischen Außengrenzen übernehmen. **Patenschaften für Seenotrettungsschiffe** sollen ausgebaut werden. Denn die Idee von Europa ist das, was wir hier vor Ort daraus machen!

13.9.



GRÜN wählen!

- ▶ Für echten Klimaschutz
- ▶ Für saubere Energie aus Niedersachsen
- ▶ Für moderne Bildungspolitik
- ▶ Für eine Politik, die alle in den Blick nimmt
- ▶ Für ein zukunftsfestes Leben in Niedersachsen



Kontakt

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Göttingen

Geiststraße 3
37073 Göttingen
Tel.: 0551 555 94
E-Mail: info@gruene-goettingen.de
www.gruene-goettingen.de